

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke, Friedrich Ostendorff, Maria Klein-Schmeink und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischwirtschaft

Ende Oktober 2010 wurde vor dem Düsseldorfer Landgericht der Prozess gegen einen Subunternehmer der deutschen Schlachtindustrie eröffnet. Ihm wird vorgeworfen, mit einem Firmengeflecht, bestehend aus 50 Unternehmen, rund 1 000 Werksarbeitnehmerinnen und Werksarbeitnehmer zum Teil schwarz und zu Niedriglöhnen beschäftigt zu haben. Dem Finanzamt und den Sozialversicherungen sind so ein Schaden in Millionenhöhe entstanden.

Der Vorgang ist kein Einzelfall in der deutschen Schlachtbranche, auch wenn es bisher keinen Vorfall in dieser Größenordnung gegeben hat. Die Arbeitsbedingungen und Arbeitsentgelte in der deutschen Schlachtindustrie sind schon seit langem äußerst schlecht. In der Branche gibt es keinen Arbeitgeberverband. Trotz Aufforderung durch die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) konnte bisher weder ein Branchentarifvertrag vereinbart werden noch eine Initiative für einen branchenspezifischen Mindestlohn nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz gestartet werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Unternehmen in der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche seit 2005 entwickelt (bitte differenziert nach Unterbranchenkategorien, wie Rinder-, Schweine- und Geflügelschlachtung, und Betriebsgrößen)?
2. Welche Unternehmen zählen zu den zehn größten in der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche, wo sind deren Hauptsitze, wie viele Beschäftigte sind bei ihnen direkt als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angestellt (bitte differenziert nach Geschlecht), und welche jährliche Schlachtleistungen haben sie?
3. Wie haben sich die Umsätze in der Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche seit 2005 entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?
4. Wie hat sich die Zahl kommunaler gegenüber den privaten Schlachthöfen seit 2005 entwickelt (bitte nach Jahren aufgeschlüsselt), und worin sieht die Bundesregierung diese Entwicklung begründet?
5. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dieser in der vorhergehenden Frage 4 abgefragten Entwicklung und der Entlohnung des Personals privater bzw. kommunaler Schlachthöfe?

6. Wie viele Beschäftigte arbeiten seit 2005 in den jeweiligen Unterbranchen der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche in Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (bitte differenziert nach Jahren und Geschlecht)?
7. Wie viele Beschäftigte in den jeweiligen Unterbranchen der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche sind seit 2005 als Leiharbeitskräfte, Werkvertragsnehmerinnen und Werkvertragsnehmer sowie sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig (bitte differenziert nach Jahr, Geschlecht und Herkunftsland)?
8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Werkvertragsverhältnisse häufig nur als solche deklariert werden, um Beschäftigungsverbote für Ausländer zu umgehen?
Wenn ja, wie viele derartige Fälle seit 2005 sind der Bundesregierung bekannt, und bei wie viel Beschäftigten?
9. Wie viele Kontrollen haben seit 2005 in der Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche in Bezug auf arbeitsrechtliche und sozialversicherungsrechtliche bzw. entsenderechtliche Normen stattgefunden, und welche Behörden haben diese Kontrollen durchgeführt (bitte differenziert nach Jahren)?
10. Welche und wie viele Verstöße wurden seit 2005 in der Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche in Bezug auf Arbeitsentgelt, Arbeitsbedingungen sowie arbeitsrechtliche Fragestellungen sowie Sozialversicherungsvorschriften festgestellt, und in welcher Gesamthöhe wurden Bußgelder verhängt oder Verfahren eingeleitet (bitte differenziert nach Jahren)?
11. Prüft die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), ob es sich tatsächlich um Werkarbeit handelt oder ob ein verdecktes Leiharbeitsverhältnis vorliegt?
12. Wie hoch ist die Ausbildungsquote in der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche?
13. Wie hoch sind die durchschnittlichen Stundenlöhne in der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche für direkt angestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Leiharbeiternehmer und Leiharbeiternehmerinnen sowie im Rahmen eines Werkvertrages beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?
14. Wie hoch sind die durchschnittlichen Arbeitszeiten in der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche?
15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über spezifische gesundheitliche Belastungen der Beschäftigten in der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche?
16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Arbeitsbelastung der Beschäftigten in der Schlacht- und Fleischverarbeitung durch das Schlachten im Akkord, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, einen zeitlichen Mindestaufwand pro Tier festzulegen?
17. Wie häufig kam es seit 2005 offiziell zu tierschutzrelevanten Vorkommnissen, wie Verletzungen oder Misshandlungen, an Schlachthöfen (bitte nach Jahren aufgeschlüsselt)?
18. Nach welchem Schlüssel wird die Anzahl
 - a) der amtlichen Tierärzte, und
 - b) der amtlichen Fachassistenten in der Fleischbeschau festgelegt, und wie hat sich deren Zahl seit 2005 entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?

19. Wie sieht die Bundesregierung die Arbeitsbelastung
 - a) der amtlichen Tierärzte, und
 - b) der amtlichen Fachassistenten in der Fleischbeschau?
20. Wie ist die Entlohnung
 - a) der amtlichen Tierärzte, und
 - b) der amtlichen Fachassistenten in der Fleischbeschau geregelt, und wie hoch sind die durchschnittlichen Verdienste?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung die Unabhängigkeit der amtlichen Tierärzte in der Fleischbeschau, und welche Schwierigkeiten gibt es hier aus Sicht der Bundesregierung?
22. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass es in der deutschen Schlachtbranche keinen Arbeitgeberverband als Tarifpartner auf Arbeitgeberseite gibt?
23. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Arbeitsbedingungen und Arbeitsentgelte in der deutschen Fleischindustrie zu verbessern?
24. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Geschäftspraktiken der deutschen Fleischindustrie auf das europäische Ausland?
25. Welches Zahlenmaterial liegt der Bundesregierung über Entlassungen und Insolvenzen, verursacht durch Lohndumping in der deutschen Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche, im Ausland, insbesondere in Dänemark und Frankreich vor?

Wie viele Unternehmen aus der Schlachtbranche haben Betriebe bzw. die Produktion von 2005 bis heute aus dem EU-Ausland nach Deutschland verlagert?
26. Wie viele Tiere werden seit 2005 pro Jahr zur Schlachtung von Dänemark nach Deutschland angeliefert (bitte aufgeschlüsselt nach Tierart und Jahr)?
27. Wie hoch ist in Dänemark
 - a) der tariflich vereinbarte Mindestlohn sowie
 - b) der Durchschnittslohn der in der Schlacht- und Fleischverarbeitung Beschäftigten?
28. Wie bewertet die Bundesregierung die Initiative der französischen Fleischindustrie, die eine Vereinigung gegen Sozialdumping gegründet hat und die Europäische Kommission auffordert, Deutschland zu einem Mindestlohn für die Schlacht- und Fleischverarbeitungsbranche zu zwingen?
29. Wird die Bundesregierung mit Blick auf die 2011 kommende Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union Maßnahmen ergreifen?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf?
30. Wie lange dauert es durchschnittlich bis andere Mitgliedstaaten der EU Anfragen aus Deutschland im Hinblick auf die Bescheinigungen A 1 bzw. E 101 beantworten?
31. Wie viele der in anderen Mitgliedstaaten der EU ausgestellten Bescheinigungen haben sich als fehlerhaft erwiesen?

32. Wie beurteilt die Bundesregierung die Verwaltungszusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Bescheinigungen A 1 bzw. E 101 im Rahmen von Entsendungen?

Berlin, den 11. November 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion